

Soziale Sicherheit statt Sicherheitstheater und Terrorhysterie

Piraten setzen sich ein:

- für eine neue Innenpolitik der Deeskalation
- für Sicherheit und Bürgerrechte im Einklang miteinander
- für eine individuelle Kennzeichnungspflicht für Polizisten
- für den Schutz der Privatsphäre auch im öffentlichen Raum
- für Datenschutz auch für Besucher von »Gefahrengebieten« oder Großveranstaltungen
- für Freiheit der Kommunikationsnetze

- gegen »Nacktscanner«
- gegen Alkoholverbote
- gegen neuartige Polizeiwaffen wie Taser, Gummigeschosse, o. ä.
- gegen das Vermummungsverbot

Kontakt

Sie erreichen uns unter:
Piraten Hamburg | Postfach 113532
20435 Hamburg
E-Mail: info@piratenpartei-hamburg.de

Oder machen Sie sich persönlich ein Bild.
Auf unseren wöchentlichen Stammtischen ist jeder Interessierte willkommen.
Termin und Ort finden Sie auf unserer Website
www.piratenpartei-hamburg.de.



www.piratenpartei-hamburg.de



Sicherheit in Hamburg

bürgerrechte
kennzeichnungspflicht
gewalttäter sport



Für eine sinnvolle Sicherheitspolitik, gegen blinden politischen Aktionismus

Bürgerrechte und Sicherheit



Eine hysterische Medienberichterstattung über die Gefahr terroristischer Anschläge und Politiker, die ein diffuses Gefahrenbild beschwören, verunsichern den Bürger und tragen nicht zur tatsächlichen Sicherheit bei. Wir lehnen Sicherheitstheater wie die demonstrative Präsenz schwerbewaffneter Polizeibeamter an

Bahnhöfen und anderen zentralen Orten sowie die Verbreitung von Terrorhysterie in den Medien ab. Wir setzen uns stattdessen für eine Wende in der Innenpolitik ein.

Der Innensenator soll nicht bloß der politische Arm des Sicherheitsapparates sein, der ständig versucht, neue Befugnisse für die Exekutive und gegen Bürgerrechtler und Verfassungsgerichte durchzusetzen, sondern muss ebenfalls seiner Pflicht nachkommen, die Polizei und andere Sicherheitsorgane zu kontrollieren und entschieden gegen Missstände vorzugehen. Kriminalität lässt sich nachhaltig ohnehin nur durch die Verbesserung der Bildung und der sozialen Situation aller Bürger verringern.

Nacktscanner

Wir fordern, den Einsatz sogenannter »Ganzkörperscanner« am Hamburger Flughafen zu beenden. Die Tests mit diesen extrem teuren Geräten haben gezeigt, dass sie nicht für mehr Sicherheit sorgen. Stattdessen wird die Passagierabfertigung durch die hohe Fehlerquote massiv verzögert. Die Bedenken zum Datenschutz der Passagiere konnten ebenfalls nicht ausgeräumt werden.



Überwachungskameras



Die anlassunabhängige Videoüberwachung öffentlicher Räume muss eingestellt werden. Eine derartige generelle Bespitzelung der Bürger lehnen wir ab. Zudem hat eine vom Senat selbst in Auftrag gegebene Studie eine präventive Wirkung des Kameraeinsatzes z.B. auf der Reeperbahn verneint.

Kennzeichnungspflicht für Polizisten



Wir fordern eine sichtbare Kennzeichnung von Polizeibeamten durch individuelle Nummern, auch und gerade in geschlossenen Einheiten, z.B. bei der Bereitschaftspolizei. Die Grundvoraussetzung für ein vertrauensvolles Verhältnis der Bürger zu ihrer Polizei ist, dass die eingesetzten Beamten sich selbst konsequent an geltende Gesetze halten und Fehlverhalten kompromisslos aufgeklärt wird. Dies scheidet bisher meist an der mangelnden Identifizierungsmöglichkeit einzelner uniformierter Straftäter.

Vermummungsverbot abschaffen

Im Gegenzug wollen wir das Vermummungsverbot für Versammlungsteilnehmer bundesweit abschaffen. Anders als Beamte im Dienst können Demonstranten gute Gründe haben, ihre Identität nicht preiszugeben, insbesondere bei gesellschaftlich oder politisch heiklen Themen. Fast alle Staaten der Europäischen Union kommen sehr gut ohne eine derartige Regelung aus.

Personenkontrollen



Seit 2005 darf die Polizei eigenmächtig Teile der Stadt zu sogenannten »Gefahrengebieten« erklären, in denen Passanten willkürlich kontrolliert und durchsucht werden dürfen. Die gesammelten Personendaten werden für mehrere Monate gespeichert. Wir lehnen verdachtsunabhängige Personenkontrollen ab und fordern die Abschaffung dieser Befugnis, durch die Bewohner und Besucher ganzer Stadtteile unter Generalverdacht gestellt werden

Gewalttäter Sport



Die Piratenpartei Hamburg will sich auf Bundesebene dafür einsetzen, die sogenannte »Gewalttäter Sport«-Datei abzuschaffen oder sie wenigstens grundlegend zu überarbeiten. In dieser Datei sind leider viele Fußballfans zu Unrecht erfasst, die lediglich als friedliche Zuschauer an einer Sportveranstaltung teilnehmen wollten. Da die Aufnahme in die Datei den Betroffenen meist nicht mitgeteilt wird, steht ihnen der Rechtsweg nicht offen, und selbst nach der endgültigen Einstellung eines Verfahrens bleibt der Eintrag in der Regel bestehen. Solange der Betrieb der Datei nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen genügt, soll die Hamburger Polizei daher nicht mehr darauf zugreifen dürfen.

Alkoholverbot im Nahverkehr



Ein Verbot von Alkohol im öffentlichen Nahverkehr lehnen wir als unwirksam ab. Um gegen betrunkene Randalierer vorzugehen, reichen die bisherigen Bestimmungen vollkommen aus, während die Mitfahrt von Betrunknen durch das Verbot nicht verhindert wird. Zudem ist es zu begrüßen, wenn fahruntüchtige Menschen den öffentlichen Personennahverkehr nutzen, um ihr Ziel sicher zu erreichen.

Nicht-tödliche Waffen



Trotz ihrer Bezeichnung kommt es in anderen Ländern regelmäßig zu Todesfällen durch sogenannte »nicht-tödliche« Waffen (z. B. Taser, Gummigeschosse, Schallkanonen etc.) Auch ist zu beobachten, dass diese Waffen die Hemmschwelle zur Waffenbenutzung senken, und oft exzessiv eingesetzt werden. Wir sind daher gegen Anschaffung und Einsatz derartiger neuerartiger Waffen durch Polizei und private Sicherheitsdienste. Der bisherige Waffenbestand ist vollkommen ausreichend.

Freiheit der Kommunikationsnetze

Bundesweite Projekte der Sicherheitsorgane, die die Freiheit der Kommunikationsnetze einzuschränken drohen – z.B. Vorratsdatenspeicherung, »Bundestrojaner« oder Internet-Stopp-schilder – lehnen wir natürlich weiterhin ab.